

Luzerner Tagblatt

Staatsrechnung im Detail

Gawliczek – der neue Trainer des FC Zürich

Auch Defferre bewirbt sich um de Gaulles Amt

3 Schwerer Verkehrsunfall in Zürich

Ein Toter, ein Schwerverletzter und Sachschaden von 146 000 Franken

ag. Am Dienstag gegen 8 Uhr ereignete sich auf der Ueberlandstraße in Zürich 11 ein Verkehrsunfall, der zu den schwersten der letzten Zeit auf dem Zürcher Stadtgebiet zählt. Der 29-jährige Garagenchef Adolf Bariz aus Zürich, italienischer Staatsangehöriger, fand den Tod, ein weiterer Lastwagenlenker wurde lebensgefährlich verletzt; an den vier beteiligten Fahrzeugen entstand ein Totalschaden von 146 000 Franken. — Kurz vor 8 Uhr fuhr ein Lastenzug mit Zweifachanhänger und einer Spezialkonstruktion für den Transport von Fertigbetonelementen von Dübendorf kommend stadteinwärts. Auf der Höhe des Hauses Ueberlandstraße 445

musste der Lenker des Lastenzuges wegen eines vor ihm nach links abbiegenden Personenautos links bremsen. Dabei scherte der Anhänger nach links aus und prallte mit einem aus der Gegenrichtung nahenden Lastenzug zusammen, dessen Führerkabine total demoliert wurde. Der Lenker dieses zweiten Lastwagens (links im Bild) erlitt sehr schwere innere Verletzungen und mehrere Knochenbrüche; an seinem Aufkommen wird gezweifelt. Durch den Zusammenstoß wurde die 15 Meter lange Spezialkonstruktion des erstgenannten Lastwagens abgeschlagen. Sie trennte die Dachaufbauten eines ebenfalls entgegenkommenden Personenautos (Mitte) weg

und verletzte den Lenker tödlich. Der Lenker eines weiteren Personenautos konnte nach rechts ausweichen, wo sein Fahrzeug im Straßengraben zum Stehen kam. Dieses Fahrzeug wurde von der weggeschleuderten Spezialkonstruktion ebenfalls stark beschädigt. Der Sachschaden an einem Lastenzug wird auf 80 000 Franken geschätzt, an dem auf 55 000 Franken. Die Schäden an den beiden Personenautos belaufen sich auf 6000 beziehungsweise 5000 Franken. Durch den Unfall war die Ueberlandstraße während mehr als dreier Stunden blockiert.

Foto Keystone



Gleichschaltung der Information in der CSSR

Prag, 29. April. ag. (R) Knapp zwei Wochen, seitdem Gustav Husak die Führung der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei übernahm und die Pressezensur als ungenügend bezeichnete, hat die Regierung beschlossen, die Kontrolle über Presse, Radio und Fernsehen zu verschärfen. Wie das Organ der KPC, «Rude Pravo», meldete, will die Regierung erreichen, daß sich die Massenmedien vollkommen an die offizielle Politik halten.

Die Regierung macht die leitenden Mitarbeiter der Nachrichtenagentur CTK, des Radios und des Fernsehens für die Arbeit der Massenmedien voll verantwortlich.

Dem tschechischen Journalistenverband wird vorgeworfen, er habe es versäumt, auf die von der Partei geübte Kritik zu antworten. Der Verband soll Selbstkritik üben und zugeben, daß viele seiner Mitglieder die Bevölkerung falsch informiert und Leidenenschaften wachgerufen hätten. Das Parteiorgan beschuldigte auch die meisten Massenmedien, die Lage in der CSSR erstelle, die «Hauptgefahr» im Lande verschwiegen und Spannungen in den Beziehungen mit den Verbündeten der CSSR verschuldet zu haben.

«Rude Pravo» machte es der Wochenschrift der Katholischen Volkspartei, «Obroda», zum Vorwurf, daß sie aus Protest

gegen die Zensur zwei Spalten freigelassen hätte, statt sie mit einem neuen Text zu füllen. Dies zeige, daß es immer noch Kräfte gebe, die versuchen, den Ausgang des Treffens des Parteizentralkomitees, an dem Dubcek seinen Rücktritt bekanntgab, zu diskreditieren.

16 Jahre unschuldig in CSSR-Haft

Prag, 29. April. ag. (AFP) Nachdem er 16 Jahre seiner 25-jährigen Gefängnisstrafe verbüßt hatte, wurde Frantisek Knesl vom Kreisgericht Brno (Brünn) rehabilitiert. Knesl war 1952 im Alter von 46 Jahren wegen Spionage verurteilt worden. Einzige Grundlage für das Urteil war sein Geständnis, zu dem aber jeder Beweis fehlte. 16 Jahre Gefängnis für einen unschuldigen Verurteilten bilden einen Rekord ungerechter Bestrafung.

Ausländische Journalisten in Prag unerwünscht

Prag, 29. April. (UPI) Die tschechoslowakische Regierung setzt ihre Maßnahmen gegen westliche Journalisten fort. Dem in Prag akkreditierten Korrespondenten der «Washington Post», Dan Morgan, wurde die Einreise in die CSSR untersagt. Sein Visum wurde von den Grenzschutzern für ungültig erklärt. Die Beamten gaben aber keine Gründe für diese Maßnahme an.

Kandidatur Pompidou für das Elysée

Bewerbung um das höchste Staatsamt der Fünften Republik – Hauptziel: Sicherung von Kontinuität und Stabilität

Paris, 29. April. (UPI) Knapp 24 Stunden nach dem Rücktritt de Gaulles hat sein langjähriger Ministerpräsident und inoffizieller «Kronprinz» Georges Pompidou als erster Politiker offiziell seine Bewerbung für das höchste Staatsamt der Fünften Republik bekanntgegeben. Der im vergangenen Juli von de Gaulle entlassene ehemalige Regierungschef veröffentlichte in Paris eine Erklärung. Darin heißt es:

«Nach General de Gaulles Entscheidung, sein Mandat zurückzugeben und in der gegenwärtigen Lage der Unsicherheit im Lande habe ich mich entschlossen, mich den französischen Wählern zu stellen.» Pompidous Büro ließ wissen, es werde mit Telegrammen aus allen Teilen Frankreichs «über-swemmt», in denen die Kandidatur Pompidous verlangt werde.

Aus der kurzen Erklärung Pompidous ging auch hervor, daß er das Schwergewicht seiner Politik auf die Kontinuität der Fünften Republik und die Stabilität des Landes legen will. Er sagte: «Ich sehe es als meine Pflicht und Aufgabe an, die Kontinuität zu sichern und die Zukunft zu gestalten.»

Der von de Gaulle 1962 nach der Beendigung des Algerienkrieges in die Politik geholt, ehemalige Bankier des Hauses Rothschild war ohne offizielle Begründung nach dem überwältigenden Wahlsieg für die Gaullisten im Juli 1968 von de Gaulle entlassen worden. Damals hieß es, de Gaulle wolle seinen potentiellen Nachfolger aus der Schublade der Politik herausnehmen. Als Pompidou im Januar in Rom sagte, er sei bereit, die Nachfolge de Gaulles anzutreten, drang an die Öffentlichkeit, daß der General über Pompidou verärgert sei. Zu dieser Zeit aber galt noch de Gaulles Erklärung, daß er bis zum Ablauf seiner Amtsperiode im Jahre 1972 Staatspräsident bleiben wolle.

Als erster Minister des Kabinetts Couve de Murville hat sich Sozialminister Maurice Schuman eindeutig für eine Kandidatur Pompidous ausgesprochen. Das Büro Schumans, der schon in der Vierten Republik Regierungschef war, gab außerdem bekannt, eine große Zahl gaullistischer Abgeordneter habe sich bereits für Pompidou entschieden.

Giscard d'Estaing: Das Volk nicht spalten, sondern einigen

(AFP) Der Ausgang der Volksbefragung hat Frankreich nach den Worten Valéry Giscard d'Estaings in eine neue Situation geführt, in der das Land seine Fähigkeit beweisen muß, der Verantwortung in der modernen Welt nachzukommen. Giscard d'Estaing erklärte sich davon überzeugt, daß dies Frankreich gelingen werde.

Vor der Presse betonte der Chef der Unabhängigen Republikaner, man

müsse zwei Folgen der Volksabstimmung bedenken: Die Demission de Gaulles bedeute für niemanden einen Verzicht auf die Institutionen der Fünften Republik. Ebenso wenig müsse man nun auf die Grundsätze der Autorität und der Unabhängigkeit verzichten, die de Gaulle verfochten habe.

Als zweite Folge der Volksbefragung nannte Giscard d'Estaing die Spaltung der Bevölkerung in zwei fast gleich starke Teile. Diese Spaltung dürfe nicht hochgespielt werden, denn die Grenze zwischen jenen, die mit Bedauern nein gestimmt hätten, und jenen, die sich aus Resignation zu einem Ja entschlossen hätten, sei sehr eng. Man dürfe die Spaltung aber auch nicht ignorieren, da es bei der Wahl des neuen Präsidenten zu neuen Kontroversen kommen könnte. Das Land müsse sich zuerst beruhigen und sein Gleichgewicht wiederfinden, bevor es sich mit den großen Zeitproblemen befassen könne. — Der Nachfolger de Gaulles muß nach Meinung Giscard d'Estaings ein erfahrener Mann sein, der Europa offen gegenübersteht, der «vereint, statt zu spalten», und der das verlorene Vertrauen wiedergibt. (Es ist noch nicht bekannt, ob sich nicht auch Giscard d'Estaing zu einer Kandidatur für das Elysée anmeldet. Er war sechs Jahre lang Finanzminister unter de Gaulle. Red.)

Jeanneney neuer Justizminister

(AFP) Staatsminister Jean-Marcel Jeanneney ist durch ein Dekret des interministeriellen Staatspräsidenten Poher zum Nachfolger von René Capitant zum Justizminister ernannt worden. Das Dekret wurde im «Journal officiel» veröffentlicht. Capitant hatte am Montag demissioniert mit der Begründung, er könne nicht mit Poher zusammenarbeiten, nachdem dieser wesentlich am verwerfenden Volksentscheid mitgewirkt habe.

Erste Ministerratssitzung unter Poher

(UPI) Das französische Kabinett ist vom amtierenden Staatspräsidenten Alain Poher für Freitag zur ersten Sitzung der Nach-de-Gaulle-Ära einberufen worden. Poher empfing im Elysée den Präsidenten der Nationalversammlung, Jacques Chaban-Delmas, den Präsidenten des Verfassungsgerichts, Gaston Palewski, und weitere Amtsträger zu Antrittsbesuchen.

Beratungen über Währungsprobleme

Große Aufmerksamkeit wurde in Paris der durch de Gaulles Niederlage ausgelösten Flucht in ausländische Währungen gewidmet. Ministerpräsident Couve de Murville, der bis zur Neuwahl des Staatspräsidenten im Amt bleibt, beriet sich mit Finanzminister François-Xavier Ortoli und dem Präsidenten der franzö-

sischen Notenbank, Olivier Wormser, im Hotel Matignon. Es kamen Finanz- und Währungsfragen zur Sprache.

Provisorischer Senatspräsident

(AFP) Das Büro des französischen Senats hat für die Zeit, in der Alain Poher ad interim das Amt des Staatspräsidenten ausübt, den sozialistischen Vizepräsidenten des Senats, André Méric, zum provisorischen Präsidenten des Senats gewählt.

De Gaulle zeigt sich nicht

(AFP) In Colombey-les-deux-Eglises hat sich de Gaulle bisher der Öffentlichkeit noch nicht gezeigt. Er ordnet zurzeit seine persönlichen Papiere, die ihm in einem Auto aus dem Elysée gebracht wurden. Einen kurzen Besuch erhielt de Gaulle von seinem Schwager, dem Abgeordneten Vendroux. Im übrigen scheint es, daß die Angehörigen und Anhänger de Gaulles auf dessen eigenen Wunsch darauf verzichten, ihn aufzusuchen. Immer noch treffen aber Telegramme von Sympathisanten de Gaulles in seinem Hause ein. — In Colombey herrscht ein reges Kommen und Gehen von Beamten, Presseleuten und Neugierigen. Hinter den Mauern des Hauses des Generals aber scheint sich nichts zu regen.

US-Senator Javits erwartet positive Folgen des Rücktritts de Gaulles

New York, 29. April. (UPI) Der republikanische amerikanische Senator Jacob Javits äußerte die Ueberzeugung, nach dem Rücktritt de Gaulles werde der Weg frei sein für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und Frankreich. Javits bezeichnete de Gaulle als einen der großen Männer des 20. Jahrhunderts, warf ihm jedoch gleichzeitig vor, wichtige Bemühungen der internationalen Zusammenarbeit torpediert zu haben. Javits sagte, der Rücktritt de Gaulles werde sich auch auf die Nato und auf die Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit positiv auswirken.

Arabische Befürchtungen

Beirut, 29. April. ag. (AFP) Der Rücktritt General de Gaulles ist in den arabischen Hauptstädten mit Bestürzung aufgenommen worden. De Gaulle galt dort als überzeugtester Vertreter einer «politischen Lösung» der Nahost-Krise. Sein Rücktritt könnte die Extremisten insofern begünstigen, als die gemäßigten These den Mann verlieren wird, der diese mit der größten Ueberzeugung und Entschlossenheit verteidigt hatte. In den arabischen Hauptstädten ist man der Ansicht, daß das Schicksal des Nahen Ostens nun in den Händen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion liege.

Wieder heftige Rassenunruhen

Krawalle in San Franzisko, Charleston und Cairo (Illinois)

(R/AFP/UPI) Mit Tränengas ging die Polizei in San Franzisko gegen farbige Demonstranten im Bezirk Fillmore vor. Teile des Bezirks wurden hermetisch abgeriegelt, nachdem mehrere hundert Demonstranten Flaschen und Steine gegen Polizisten warfen, die sich einen Weg in das Gebäude der «Schwarzen Panther» bahnen wollten. Elf Personen wurden verhaftet, darunter auch Frauen.

Die Krawalle brachen auch, als zwei Polizeioffiziere das Parteigebäude der «Schwarzen Panther» betreten wollten, um wegen allzu großen Lautsprecherlärms vorstellig zu werden. Den beiden Polizisten wurde der Zutritt verweigert. Bald darauf trafen Polizei-Verstärkungen ein, die jedoch nur mit Einsatz von Tränengas ins Gebäude einzudringen vermochten.

In Charleston nahm die Polizei erneut 150 Personen fest, die ohne Erlaubnis der Behörden an einer Kundgebung

zugunsten streikender farbiger Krankenschwestern teilnahmen. Bisher sind insgesamt 350 Personen wegen Teilnahme an solchen Kundgebungen verhaftet worden, darunter auch Pfarrer Ralph Abernathy. Die Behörden haben sich bisher strikte geweigert, mit dem streikenden Spitalpersonal Verhandlungen über Lohnverbesserungen und Gewerkschaftsrechte aufzunehmen.

In der Mississippi-Stadt Cairo im amerikanischen Bundesstaat Illinois ist es erneut zu Rassenunruhen gekommen, die dort seit drei Tagen anhalten. Verschiedene Gebäude, in denen vorwiegend Farbige wohnen und arbeiten, wurden mit Molotow-Cocktails angegriffen. Als die Feuerwehr und die Polizei anrückten, wurden die Beamten von Heckenschützen beschossen. Die Polizei der Stadt ordnete darauf die Schließung aller Restaurants sowie eine Ausgangssperre an.



Hans Gelsen — Copyright by Cosmopress Gené